

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/191

Bonn, den 6. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

In der Defensive

62

Zur außenpolitischen Debatte im Bundestag

2

Mißachtung des Parlaments

32

Auf präzise Fragen schwammige Antworten

3

Der Landflucht entgegenwirken

49

Vorbildliche Leistungen der hessischen Regierung

Von Heinrich G. Ritzel

4 - 5

Lebhafte Wahlkampagne

79

Neue Verfassungsreform in Frankreich ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schuer

+ + -

## In der Defensive

### Zur außenpolitischen Debatte im Bundestag

sp - Das Klima der Auseinandersetzungen im Bundestag ist härter geworden, der Ton gereizter. Die letzte außenpolitische Debatte bezeugte dies auf eindrucksvolle Weise. Anlaß dazu gab der Bericht des Bundeskanzlers Erhard über seine letzte unter spektakulären Umständen und mit großen Erwartungen angetretene Amerika-Reise. Seine Bemerkungen und die des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. Barzel, und des Außenministers Schröder zum Kommuniqué brachten keine Erhellungen, sie ließen vieles im Dunkeln; es blieb den Sprechern der sozialdemokratischen Opposition vorbehalten, Kernfragen deutscher Außenpolitik jenen Rang zukommen zu lassen, der ihnen gebührt.

Die CDU weiß darauf keine oder nur unzureichende Antwort zu geben, weil sie in sich selbst zerstritten ist und sich in einer Krise befindet, deren Ausmaße und Fernwirkungen nicht abzusehen sind. Die Hauptopponenten innerhalb der Union nahmen in dieser Debatte die Zuflucht zum Schweigen. Altbundeskanzler Adenauer zog es vor, in Caderabbia zu bleiben, Franz Josef Strauß ließ sich im Bundestag nicht sehen - statt dessen ließ er sich im BAYERN-KURIER und im RHEINISCHEN MERKUR mit Donnererschlägen vernehmen -, und der angeschlagene Dr. Gerstermaier blieb stumm auf seinem Abgeordnetensitz. Alle drei Herren führten am Vortage die Diskussion über Lebensfragen der Nation hinter den Türen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, konnten aber nicht verhindern, daß grelle Dissonanzen auch nach außen drangen. Warum scheuen sie die Tribüne des Parlaments, den einzigen Ort, Probleme von beklemmendem Gewicht vor dem ganzen deutschen Volk auszubreiten und zu erörtern? Sie wählen zudem den Interview-Krieg, weil sie ihrer Gefolgschaft nicht sicher sind.

In dieser für die Union recht peinlichen, ja, für sie schon lebensgefährlich gewordenen Lage suchten ihre Sprecher mit verwegendem Mut Einheit in ihren Zielsetzungen und in ihrem Wollen vorzutäuschen; ein von Anfang an hoffnungsloses Beginnen. Wer angeschlagen ist, sich seiner Sache nicht sicher weiß, wählt oft als Ausweg die Flucht nach vorn. Glaubte Schröder, durch seine Arroganz und durch seinen Ton seine innerparteiliche Position verstärken oder sich gar als künftiger Retter der CDU empfehlen zu können? Von der an ihm gerühmten Konzilianz war an diesen Tage nichts zu spüren, er bot das Bild eines gereizten und nervösen Mannes, dem der Boden unter den Füßen entgleitet und der dies auch weiß.

Die innere Zerrissenheit der Unionsparteien findet ihren Niederschlag in der von ihnen gestellten Regierung. Was ist das für ein Bundeskanzler, der in weihnachtlicher Stimmung vertraglich festgelegte Zusicherungen über einen Devisenausgleich an die USA von 5,6 Milliarden DM - fällig im Juni nächsten Jahres - gibt, obwohl er schon damals Kenntnis der tristen, von ihm zu verantwortenden Haushaltslage besaß und nun vor dem Bundestag in seiner ihm eigenen Sprache erklärt, er werde nun "das Beste" tun, um diese Verpflichtungen auch zu erfüllen?

Er setzt damit die Glaubwürdigkeit eines deutschen Regierungschefs aufs Spiel, läßt Zweifel daran aufkommen und bringt die Bundesrepublik in eine zwielfichtige Lage. Was ist das für ein Regierungstil, der dem zuständigen Ausschuß des Bundestages die Einsichtnahme in von der Re-

gierung abgeschlossenen Abkommen verweigert und die Vertreter des Volkes in Ungewissheit hält? Sie müssen deren Inhalt erst aus der ausländischen Presse erfahren.

Diese Regierung ist verbraucht und bringt nicht mehr die Kraft der Erneuerung auf. Das nationale Interesse leidet dadurch. In der explosiven Frage einer deutschen Mitwirkung bei der nuklearen Planung jagt diese Regierung einem Phantom nach, nimmt sie die veränderte Lage in der Welt und in den Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten nicht zur Kenntnis. Sie glaubt einen Trumpf in der Hand zu haben, der aber nicht sticht, doch das Beharren darauf beraubt die Bundesrepublik der geringen Bewegungsmöglichkeiten, die sich eben durch eine veränderte Lage ergeben. Wir werden noch bitter für den Immobilismus und den Mangel an Anpassungsvermögen büßen müssen.

+   +   +

### Mißachtung des Parlaments

---

#### Auf präzise Fragen schwermige Antworten

B.H. - Die Bundestagsdebatte über die Amerika-Reise des Bundeskanzlers brachte auch ein bezeichnendes Beispiel für die Mißachtung der parlamentarischen Demokratie durch die gegenwärtige Bundesregierung an die Öffentlichkeit. Ausgehend von den unstrittenen Erklärungen Erhards zur Europapolitik in Skandinavien, hatte die SPD-Bundestagsfraktion Mitte September eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Mit elf präzisen Fragen wollte die Opposition erfahren, welche der verschiedenen europapolitischen Ansichten des Kanzlers und der Bundesregierung denn nun die offiziell gültige ist. Die am Mittwoch veröffentlichte Antwort der Bundesregierung läßt die Mehrzahl der Fragen unbeantwortet.

Mit einer Pauschalantwort versucht Außenminister Schröder, die skandinavischen Fehlleistungen seines Kanzlers und die auch in der Europapolitik auseinanderklaffenden Auffassungen im Regierungslager zu überdecken. Zu einer äußerst hitzigen Auseinandersetzung kam es daher im Bundestag, als sich der antierende SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner gegen diese Behandlung des Parlaments und der zweitgrößten Bundestagsfraktion aufs schärfste verwehrte. Es soll hier nicht untersucht werden, ob die Bundesregierung im Sinne der Geschäftsordnung des Bundestages richtig gehandelt hat oder nicht. Entscheidend ist doch vielmehr, daß die Bundesregierung auf die präzisen Fragen der SPD keine Antwort gegeben hat. Der Außenminister war nicht einmal bereit, ein Erhardzitat zu bestätigen, das im stenographischen Protokoll des Bundespresseamtes festgehalten und von der deutschen Presse bereits veröffentlicht worden war.

Es ist schlimm um einen Kanzler bestellt, dessen öffentliche Erklärungen von seinem eigenen Außenminister unterdrückt werden müssen. Anstatt von der SPD eine Entschuldigung zu verlangen, hätte sich der Außenminister beim ganzen deutschen Bundestag für die Mißachtung der parlamentarisch-demokratischen Spielregeln entschuldigen müssen.

## Der Landflucht entgegenwirken

---

### Vorbildliche Leistungen der hessischen Regierung

Von Heinrich G. Ritzel

Vor kurzen hat der sozialdemokratische Innenminister des Landes Hessen, Heinrich Schneider, das 300. hessische Dorfgemeinschaftshaus der Benutzung übergeben. Der Minister wies bei der Einweihung darauf hin, daß in Hessen zur Zeit 455 Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser und alleinstehende Mehrzweckhallen in Betrieb oder im Bau sind, hinzu kommen 100 Mehrzweckhallen, die in Verbindung mit einem Dorfgemeinschaftshaus oder Bürgerhaus geplant wurden. Damit verfügt jede sechste hessische Gemeinde über ein eigenes Gemeinschaftshaus. In der Zukunft sollen jährlich 50 Gemeinschaftshäuser-Projekte gefördert werden. Diese Absicht ist ein Teil des Großen Hessenplans. Der Minister verwies in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit bei der Errichtung von Gemeinschaftshäusern; Größe, Raumprogramm und Ausstattung müßten sorgsam geprüft und auf die jeweiligen Bedürfnisse einer Gemeinde und ihrer Struktur zugeschnitten sein. Da neben dem Bau von Gemeinschaftshäusern auch Mittelpunktschulen gebaut werden, werden in kleinen, zum Teil aber auch in größeren Gemeinden bisherige Schulgebäude ganz oder zum Teil frei. Diese Gebäude sollen, soweit es möglich ist, bei zukünftig zu errichtenden Dorfgemeinschaftshäusern umgebaut werden.

Hessen ist auf dem Gebiete der Errichtung von Dorfgemeinschaftshäusern initiativ vorangegangen und seine Leistung wurde bis jetzt von keinem anderen Land erreicht. Die hessische Regierung wirkt damit zielbewußt der Landflucht entgegen. Da sie sich zur gleichen Zeit auch mit bestem Erfolg bemüht, das äußere Bild der Gemeinden durch den alljährlich stattfindenden Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" zu verbessern, schafft die Regierung und die sie tragende Landtagsmehrheit die Voraussetzung dafür, daß der Drang, in die Stadt zu ziehen, geringer wird, daß sich die Menschen, auch die Pendler, in ihren Heimatgemeinden wohler fühlen, denn sie nehmen an der kulturellen Entwicklung auf dem Land ebenso Anteil wie die Bewohner der Städte.

Das Programm zur Errichtung von Dorfgemeinschaftshäusern wird der Struktur der beteiligten Gemeinde von Fall zu Fall angepaßt. Die hessische Regierung verfügt auf dem Gebiete der zweckmäßigen Gestaltung von Dorfgemeinschaftshäusern über große Erfahrung. In der Regel weisen die Dorfgemeinschaftshäuser einen einfachen, aber ansprechend ausgestatteten Gemeinschaftsraum auf, an den sich eine kleine Bibliothek anschließt und der Radioapparate und zumeist auch ein Fernsehgerät enthält. Räume für Kleinkinder, die von einer Kinderschwester betreut werden, sind fast immer angeschlossen. In den Dörfern, in denen Hausschlachtungen stattfinden, wie zu Väters Zeiten, sind nicht selten Kühlanlagen vorhanden, außerdem in den meisten Fällen Waschanlagen, Badeeinrichtungen und andere nützliche Maßnahmen. Die hessische Regierung hat mit der systematischen Planung und Durchführung von Dorfgemeinschaftshäusern, Mehrzweckhallen und Bürgerhäusern eine hervorragende Leistung vollbracht, die sich auch in der Zukunft als nützlich und segensreich erweisen wird, wenn, wie vorhandene Tatsachen bereits beweisen, nicht mehr so sehr der Arbeiter zum fernen Betriebsort hin- und herfahren muß, sondern Betriebsfilialen in Dörfern und Kleinstädte verlegt werden.

## Lebhaftige Wahlkampagne

### Neue Verfassungsreform in Frankreich ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Gaullisten erwägen offen die Möglichkeit, daß sie in den nächsten Parlamentswahlen (spätestens im März 1967) gemeinsam mit den Konservativen (Giscard d'Estaing) die absolute Mehrheit verlieren. Schon die Präsidentenwahl im vorigen Jahr war ein Warnsignal: De Gaulle erhielt bekanntlich in einem ersten Wahlgang am 5. Dezember nur die relative Mehrheit, so daß ein zweiter Wahlgang notwendig wurde, in welchem sich am 19. Dezember 55 Prozent der abgegebenen Stimmen für de Gaulle erklärten. Verglichen mit früheren Volksabstimmungen, in welchen der General über 80 Prozent Ja-Stimmen ernten konnte, war das Dezemberresultat 1965 mehr als bescheiden.

Daher die Prognose für das kommende Frühjahr: Wenn schon die überragende Persönlichkeit de Gaulles so magere Ergebnisse einbringt, dürfte die gaullistische Regierungspartei noch schlechter abschneiden. Der Einfluß der UNR war immer geringer als die persönliche Anziehungskraft de Gaulles. Schon in den letzten Parlamentswahlen mußte sich die UNR mit einer relativen Mehrheit begnügen und konnte die Regierung nur noch mit der Unterstützung konservativer Splittergruppen bilden. In den nächsten Wahlen könnte auch diese knappe Mehrheit nicht mehr erreicht werden. Was soll dann geschehen, wenn Staatspräsident de Gaulle ein Parlament vorfände, dessen Mehrheit antigauillistisch wäre?

### Pompidous Gemütsruhe

Überhaupt nichts - so meint der gegenwärtige Premierminister Georges Pompidou in einem sensationellen Interview, das dieser Tage im französischen Fernsehen zum besten gegeben wurde. Die Franzosen hätten bereits im Dezember 1965 in genügend großer Mehrheit de Gaulle für sieben Jahre zum Staatspräsidenten gewählt und somit für die gleiche Zeit die politische Linie festgelegt. Daran könne nichts mehr geändert werden, auch wenn es im März 1967 ein gegenseitiges Resultat geben sollte.

Leichte Veränderungen in der Zusammensetzung der französischen Regierung könnten wohl erwogen werden; nicht aber eine Änderung des bisherigen gaullistischen Kurses. Mit anderen Worten, Pompidou ist fest entschlossen, Premierminister zu bleiben, auch wenn die Franzosen im nächsten Frühjahr eine Nationalversammlung mit antigauillistischer Mehrheit wählen. Er besitzt das Vertrauen de Gaulles, das genügt anscheinend. Das Vertrauen des Parlaments ist nicht so wichtig.

### Lecanuets Bedingungen

Der Chef des christlich-demokratischen "Zentrums", Jean Lecanuet, hatte einige Wochen vorher, gleichfalls in einem Fernseh-interview, ein Angebot gemacht. Er rechnet mit ungefähr 10 Prozent der Wählerstimmen und glaubt mit Recht, damit im politischen Leben Frankreichs eine Schlüsselstellung einzunehmen. Gerade diese 10 Prozent könnten nämlich der gaullistischen und konservativen Koalition zur absoluten Mehrheit fehlen. Lecanuet wäre unter drei Voraussetzungen bereit, seine kommende Parlamentsfraktion als "Mitgift" beizusteuern, um die bisherige Regierungsmehrheit zu retten:

- \* 1. Verzicht auf den bisherigen außenpolitischen Kurs des Mlysée,
- \* Bekenntnis zur atlantischen Solidarität,
- \* 2. Rückkehr Frankreichs zur europäischen Integration,
- \* 3. Ausgeprägte Sozialpolitik.

Falls die Gaullisten diese drei Bedingungen nicht akzeptieren sollten, müßten sie für diese Weigerung die Verantwortung tragen und - nach parlamentarisch-demokratischen Spielregeln - auf ein Weiterregieren verzichten.

Es ist klar, daß die Gaullisten eine derartige Herausforderung nicht annehmen können; das widerspräche ihrer ganzen bisherigen Haltung und Tradition. Verfassungsmäßig ist Frankreich bis jetzt immer noch ein Gemisch von parlamentarischer Demokratie und Präsidialregime. Praktisch wird jedoch diese auf de Gaulles Vorschlag angenommene Verfassung der 5. Republik in einer Reihe von Punkten immer weniger angewendet, die politische Führerrolle des Staatsoberhauptes wird immer stärker, der Parlamentarismus wird immer mehr zurückgedrängt.

### Präsident und Parlament

Wenn die Franzosen nun tatsächlich eine Nationalversammlung wählen, die in ihrer Mehrheit nicht mehr den Wünschen de Gaulles entspricht, entstünde daraus ein ernster Konflikt zwischen Staatsoberhaupt und Parlament. Laut geltender Verfassung muß der Präsident der Republik nach den Wahlen eine neue Regierung bestellen, die dem Wahlergebnis entspricht, andernfalls kann die Regierung vor der neuen parlamentarischen Mehrheit durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden. Der Präsident stünde also vor dem Dilemma, sich entweder dem Willen der neuen parlamentarischen Mehrheit zu fügen oder das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben - oder abzudanken, wodurch in einer vorgeschriebenen Frist auch der Staatspräsident neu gewählt werden müßte.

Es besteht im Falle eines derartigen Konfliktes allerdings eine weitere Möglichkeit, die in der Verfassung nicht vorgesehen ist, nämlich eine weitere Zurückdrängung oder Kaltstellung des Parlaments. Steht Frankreich vor einer neuen Verfassungsreform?